

Öffentliche Sitzung

des Klima-, Umwelt-, Energie- und Bauausschusses/Betriebsausschusses für Stadtentwässerung

am Mittwoch, den 19.07.2023

im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 16:04 Uhr

Ende: 19:24 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Bürgermeister Julius Mihm

CDU

Herr Stadtrat Martin Bläse

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat David Sopp

ab 17:52 Uhr.

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

bis 19:18 Uhr.

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Stadträtin Barbara Bijok

ab 16:22 Uhr.

Herr Stadtrat Karl Miller

Frau Stadträtin Dr. Ina Neufeld

SPD

Herr Stadtrat Gerhard Bucher

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

sozial.ökologisch.links.

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-

ab 16:13 Uhr.

Streit

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski

FDP/FW

Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

Integrationsrat

Herr Integrationsrat Andrzej Sielicki

Ortsvorsteher

Herr Ortsvorsteher Gerd Zischka

stellvertretender Ortsvorsteher

Herr Ortschaftsrat Fabian Wolf

Verwaltung

Herr René Bantel

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr Zeno Bouillon

Herr Geschäftsführer Peter Ernst

Herr Jan Fischer
Herr Gerhard Hackner
Herr Gerd Hägele
Herr Markus Herrmann
Herr Jürgen Musch
Herr Helmut Ott
Frau Christine Schirle
Frau Nuru Debora Thie
Frau Franka Zaneck

Presse

Gmünder Tagespost
Rems-Zeitung

Abwesend:

stellv. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

CDU

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christof Preiß

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

SPD

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

T a g e s o r d n u n g

=====

- 1** Vorstellung neue Koordinatorin für kommunale Entwicklungspolitik in Schwäbisch Gmünd
- 2** Anschluss Kläranlage Iggingen an die Sammelkläranlage Zollerwiesen Schwäbisch Gmünd
- 3** Außenanlagen Schulpavillon Eichenrainschule
hier: Vergabebeschluss Vegetationsarbeiten, Spielgeräte, Zaunbauarbeiten
- 4** Quartalsbericht Ausbau Erneuerbare Energien inklusive Bürgerbeteiligung (Statusbericht BürgerEnergie Stauferland)
- 5** Teilfortschreibung Nahverkehrsplan Ostalbkreis 2021 - Sachstand der Umsetzung (Maßnahme 21 – Maßnahmenkatalog „Gmünd für morgen“)
- 6** Vergabe Intermodales Verkehrsmodell
- 7** Ersatzneubau Uhlandsteg in Schwäbisch Gmünd-Bettringen
- 8** Ausblick auf künftige Vorhaben
- 9** Bekanntgaben
- 9.1** Fahrradstraße Klarenbergstraße
- 10** Anfragen
- 10.1** Radweg Mutlangen

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

Vor Eintritt in die Tagesordnung entschuldigt sich Oberbürgermeister Arnold bei Stadtrat Majohr, der sich von ihm gemäßregelt fühlte. Man habe im Ältestenrat vereinbart, dass in einem Ausschuss grundsätzlich nur die Mitglieder sprechen. Er habe Stadtrat Majohr in der Sitzung des Verwaltungsausschusses/Eigenbetriebsausschusses darauf hinweisen wollen, dass er nicht zu jedem Tagesordnungspunkt eine Stellungnahme abgeben müsse. Er bittet Stadtrat Dr. Vatheuer, dies dem abwesenden Stadtrat Majohr mitzuteilen.

**zu 1 Vorstellung neue Koordinatorin für kommunale Entwicklungspolitik in Schwäbisch Gmünd
Vorlage: 132/2023**

Protokoll:

Frau Thie stellt sich vor.

Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l. äußert, dass die Förderung Ende des Jahres auslaufe. Er erkundigt sich, wie es dann weitergehe.

Frau Zanek äußert, dass die Förderung Ende des Jahres auslaufe, man sei aber momentan dabei, diese ins nächste Jahr zu übertragen, da die Stelle einige Zeit unbesetzt gewesen sei. Man werde schauen, ob man die Stelle über Folgeprojekte weiterfinanzieren könne.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 11

**zu 2 Anschluss Kläranlage Iggingen an die Sammelkläranlage Zollerwiesen Schwäbisch Gmünd
Vorlage: 142/2023**

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold begrüßt Bürgermeister Stöckle (Iggingen).

Bürgermeister Stöckle äußert, dass man sich Gedanken gemacht habe, ob man die eigene Kläranlage aufgeben wolle. Für kleine Gemeinden gebe es wenig andere

Möglichkeiten, da es hohe Investitionen bedeuten würde, v.a. im Hinblick auf strengere Vorschriften. Er sei überzeugt, dass der Anschluss an Schwäbisch Gmünd der richtige Weg sei.

Herr Schmid erläutert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für die Sitzungsvorlage. Es sei eine gute Geschichte und diene auch dem Umweltschutz. Das Geld sei zukunftsfähig eingebracht, man stehe vollkommen hinter der Sache.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass die Umweltvorteile auf der Hand liegen würden, Er erkundigt sich, ob das Bauwerk im Eigentum der Gemeinde Iggingen bleibe oder an den Eigenbetrieb übergehe.

Herr Schmid antwortet, man würde den exakten Wortlaut des Vertrages noch ausarbeiten. Des Weiteren führt er aus, dass man das Burgholz dann auch an die Kläranlage anschließen könne. Je nach konkreter Situation der Anwohner sei es ein Vor- oder Nachteil. Ein Nachteil wäre es in dem Fall, wenn diese erst kurzfristig eine Kleinkläranlage erschlossen hätten.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, wie weit die Leitungen von der Straße weg seien.

Herr Schmid antwortet, dass man dies in den nächsten Planungsschritten ausarbeiten werde.

Herr Stöckle ergänzt, dass die Trasse am Wald entlanglaufen werde.

Herr Schmid führt aus, dass das Burgholz angeschlossen werden solle, wenn die Genehmigung der Kleinkläranlagen auslaufe.

Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l. äußert, dass der Verschmutzungsgrad in Schwäbisch Gmünd je Einwohner fast doppelt so hoch sei als in Iggingen. Er erkundigt sich nach den Gründen.

Herr Schmid antwortet, dass Schwäbisch Gmünd viele Industriebetriebe habe, diese seien bei den Einwohnerwerten mitberücksichtigt.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen bedankt sich für den Vortrag. Es sei gut, dass die Vernunft gewinne und dass es hierfür auch einen Zuschuss gebe. Sie erkundigt sich, ob weitere Flächen für künftige Vorgaben notwendig sei.

Herr Schmid antwortet, dass das EU-Parlament darüber gerade diskutiere. Die Stadt müsse mit Weitblick unterwegs sein, man brauche eines Tages sicherlich mehr Gelände.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste erkundigt sich, ob der Vertrag flexibel gestaltet sei und sich an die sich möglicherweise verändernden Einwohnerzahlen anpassen könne. Außerdem erkundigt er sich, ob die Kanalsysteme und Überlaufbecken ausreichen würden.

Herr Schmid antwortet, dass die Kapazitäten hoffentlich ausreichen werden würden. Man habe aktuell 20.000 Einwohnerwerte als Reserve.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass alles abgebildet werden müsse. Man werde es im nächsten Schritt konkreter planen. Man müsse alles abbilden. Man werde es konkreter planen.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW äußert, dass er es positiv finde.

Stadtrat Geiger/CDU erkundigt sich, ob auch andere Kläranlagen betroffen seien.

Herr Schmid antwortet, dass es technisch machbar und realisierbar sei, weitere Kläranlagen anzuschließen. Es gebe noch eine kleine Kläranlage in Maitis-Lenglingen mit etwa 1.000 Einwohnerwerten.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66
nachrichtlich an Amt:

**zu 3 Außenanlagen Schulpavillon Eichenrainschule
hier: Vergabebeschluss Vegetationsarbeiten, Spielgeräte, Zaunbauarbeiten
Vorlage: 143/2023**

Protokoll:

Herr Bouillon erläutert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadtrat Bläse/CDU findet es ein tolles Projekt, der Ortschaftsrat habe einstimmig zugestimmt. Es sei die Abrundung des Projektes. Daher müsse man es zu Ende bringen. Die Vergabe sei in Ordnung, er finde es gut, dass man ein höherwertiges Produkt aussuche, dass etwas teurer sei, aber dafür auch länger halte.

Stadträtin Bijok/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für den Entwurf. Dass man fünf neue Bäume pflanze, sei super. Der Schulhof steche durch den alten Baumbestand hervor, daher sei sie froh, dass es fortgeführt werde. Die bestehenden Bäume solle man während der baulichen Arbeiten im Wurzelbereich schützen.

Herr Bouillon antwortet, dass man den Wurzelbereich absperren werde, dies sehe man so vor.

Stadtrat Zengerle/SPD bedankt sich für die Vorstellung. Es sei sinnvoll, dass es unmittelbar gemacht werden würde.

Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l. äußert, dass die Vegetationsarbeiten im Rahmen des Jahresbaus vergeben, jedoch nun auch ausgeschrieben worden seien.

Herr Bouillon antwortet, dass die meisten Firmen derzeit ausgebucht seien. Man passe das Leistungsverzeichnis daher an, sodass die Firmen nochmals aktuelle Preise abgeben könnten. Es sei damit nicht der Jahresbau, sondern auf Grundlage des Jahresbaus.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen findet es eine tolle Anlage, findet die Bäume und Büsche jedoch sehr pflegeintensiv.

Herr Bouillon antwortet, dass die Pflanzenauswahl ein wichtiger Faktor sei. Man habe es mit der Schulleitung abgestimmt und pflanze zukunftsfähige Bäume. Die Sträucher würden einmal pro Jahr geschnitten werden.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste findet es gut, dass es 2023 fertiggestellt werde.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Der Vergabe folgender Arbeiten für das Projekt Schulpavillon Ganztagesbereich Eichenrainschule Lindach, Außenanlagen wird zugestimmt:
 - Vegetationsarbeiten und Fallschutzflächen an die Firma Peter Zuschlag Garten- und Landschaftsbau, Schwäbisch Gmünd, gemäß Jahresbauangebot 2022/2023 in Höhe von 46.943,39 €
 - Lieferung und Montage Spielgeräte an die Firma Eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG in Höhe von 20.419,78 €
 - Lieferung und Montage Zaun an die Firma Stohrer Zaun- und Metallbau GmbH in Höhe von 3.641,40 €

Diese ursprünglich für 2024 geplanten Maßnahmen sollen bereits im Herbst 2023 ausgeführt werden.

2. Die Gesamtkosten der Maßnahme betragen 135.000 €. Im Doppelhaushalt 2022/2023 sind für das Jahr 2023 60.000 € für die Herstellung der Erschließungswege eingestellt. Zur Finanzierung der Gesamtmaßnahme wird für das Jahr 2023 bei der Investitionsnummer 2110H56002 eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 75.000 € genehmigt. Die Deckung erfolgt aus überplanmäßigen Einzahlungen aus dem Beschleunigungsprogramm Ganztagsbetreuung für den Neubau des Pavillons für den Ganztagesbereich

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 67
nachrichtlich an Amt:

zu 4 **Quartalsbericht Ausbau Erneuerbare Energien inklusive Bürgerbeteiligung (Statusbericht BürgerEnergie Stauferland)**

Protokoll:

Herr Ernst und Herr Gröger (Bürgerenergie Stauferland) stellen den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass es oft auch eine Abwägung mit den Landwirten aufgrund von Zielkonflikten sei. Es liege noch viel Arbeit vor einem, das Nadelöhr seien die Netze.

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für den Vortrag. Es sei eine tolle Geschichte. Die Bürgerenergie würden viele Personen kennen. Toll sei, dass man wieder Mitglied werden könne. Dies sei ihm so nicht bewusst gewesen. Es gebe viele Projekte, die man vorgestellt habe. Man konzentriere sich aktuell auf schwierige Bereiche, kleine Flächen müsse man im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit prüfen. Überdachte Stellflächen müssten immer geprüft werden. Er erkundigt sich, ob Windkraft auch ein Thema für die Bürgerenergie sei.

Herr Ernst antwortet, dass man bei der Erweiterung Mutlanger Heide hohe Summen investieren werde. Er könne sich nicht vorstellen, dass man so viel Geld einsammele. Bei der Windenergie werde die Bürgerenergie ebenfalls beteiligt sein, dies sei auch Bedingung für die Windparks. Das Land Baden-Württemberg habe einen Topf zur Förderung von PV-Parkplätzen aufgemacht.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich. Er erkundigt sich, ab wann die Begrenzung auf maximal fünf Anteile an der Bürgerenergie aufgehoben werde. Es gebe auch Anlagen, die die Leistung vom Tag auf die Nacht puffern würden und daher eine größere Auslastung möglich wäre. Es tue weh, dass man die alten Anlagen abbrechen müsse. Der Eigenverbrauch werde nicht abgelehnt, dies sei wichtiges Signal an die Öffentlichkeit. Das passe dann super, dann könne man Anlagen mit Speicher bauen. Er erkundigt sich, wie weit die Stadtwerke mit dem Netzausbau vorgeschritten seien.

Herr Ernst antwortet, dass es bei den Anteilen zwei Probleme gebe. Zum einen müsse man vorab Geld einsammeln, zum anderen könne man mit dem Bau erst beginnen, wenn man die Genehmigung habe. Einen Speicher für die Mutlanger Heide habe man geprüft, dies sei genehmigungsrechtlich jedoch schwierig. Ein Puffer für Ladestationen sei sehr teuer. Bei einer privaten Anlage sei es wirtschaftlicher, wenn man ins Netz einspeisen könne. Am Netzausbau sei man dran, man werde nach dem Sommer mit der Kaltplanung starten und dies mit der Wärmeplanung verknüpfen.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass sich die Frage stelle, wie eine Kommune sich den Netzausbau leisten solle. Es sei Daseinsvorsorge.

Stadtrat Bucher/SPD bedankt sich für den Vortrag. Die Solarflächen in der Landschaft würden viele Flächen einnehmen und seien kein optisches Highlight, aber nötig, um den Strombedarf zu decken. Er erkundigt sich, ob man auf den Flachdächern von Supermärkten PV installieren könnte. Außerdem erkundigt er sich, ob die Genehmigungsfreiheit nur an Bahnlagen oder auch für Bundesstraßen gelte.

Herr Ernst antwortet, dass dies nur an Bahnlinien möglich sei.

Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l. ist der Auffassung, dass die Infrastrukturmaßnahmen und die Daseinsvorsorge nicht auf die Kommunen abgewälzt und privatisiert werden dürften. Man sei voll und ganz auf der Seite des Oberbürgermeisters. Das Engagement in der Sache sei super. Er erkundigt sich, ob es eine Möglichkeit gebe, in das Netz der Bahn einzuspeisen. Zum Zielkonflikt zwischen der Landwirtschaft und den PV-Anlagen gebe es rasante Entwicklungen, es gebe auch Forschungsprojekte in Bezug auf Getreidefelder. Die Genossenschaftsmitglieder seien von der Sache überzeugt.

Herr Ernst antwortet, dass man es gerne machen könne, wenn die Mehrheit überzeugt sei. Wenn jemand mit einer Getreidefläche käme, sei man offen. Die Frage sei, ob man das Geld aus der Rücklage nehme oder nicht.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen findet es ein wichtiges Thema. Man müsse schauen, dass die Bauherren sich an das Netz anschließen dürften. Man müsse mit Augenmaß herangehen. Die Batterielösung sei eine gute Variante.

Herr Ernst antwortet, dass Bauerherren mehrheitlich kein Problem seien. Die Netze seien jedoch nicht überall ausgebaut, die Ablehnung habe oft auch wirtschaftliche Gründe. Alte Anlagen könnten in Verbindung mit der Eigennutzung oder einem Speicher genutzt werden, neue Anlagen seien jedoch leistungsfähiger.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste schließt sich den Vorrednern an.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW äußert, dass es sonnige Aussichten seien und er gerne Genosse der Bürgerenergie werde. Es müsse eine Rendite vorhanden sein. Die Netzauslastung werde künftig eher zunehmen. Es sei für viele wichtig, dass man den überschüssigen Strom auch einspeisen könne.

Herr Ernst antwortet, dass man die Pläne im Gemeinderat vorstellen werde. Es gehe nicht um einzelne Gebiete. Die E-Mobilität belaste das Netz zusätzlich, außerdem würden die Wärmepumpen hinzukommen.

Oberbürgermeister Arnold erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Freiflächen-PV.

Herr Hackner antwortet, dass man analysiert habe, wo es möglich sei und wo nicht. Es seien 123 Hektar und 17 Gebiete, diese habe man im Entwurf des Flächennutzungsplanes berücksichtigt. Die Behörden würden derzeit angehört werden. Daher würden sich die Flächen im laufenden Prozess eventuell noch verändern, man verabschiede diese dann mit dem Flächennutzungsplan. Im Vorfeld wolle man über die Bebauungspläne Vorarbeit leisten.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass man es schnellstmöglich mit den Stadtwerken klären müsse, wo man die Großflächen ausweise.

Herr Hackner antwortet, dass man die Erddeponie in Herlikofen mit 23 Hektar sukzessive bedienen könne.

Herr Ernst betont, je größer die Fläche sei, desto höher die Energieausbeute und desto wirtschaftlicher sei es.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11, Stadtwerke
nachrichtlich an Amt:

**zu 5 Teilfortschreibung Nahverkehrsplan Ostalbkreis 2021 - Sachstand der Umsetzung (Maßnahme 21 – Maßnahmenkatalog „Gmünd für morgen“)
Vorlage: 134/2023**

Protokoll:

Herr Gehlhaus präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass es nicht so einfach gewesen sei, einen Konsens hinzubekommen.

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für den Bericht. Es sei eine Herkulesaufgabe gewesen. Es sei unmöglich, alles zusammenzufassen. Die Vernetzung müsse da sein. Die Innenstadt sei eine Schwierigkeit für sich. Man wolle die Taktung verbessern, das sei für den ÖPNV super, aber für die Innenstadt sei es eine Katastrophe. Hier habe man noch nicht die zündende Lösung gefunden. Der ländlicher Raum sei auch ein Problem, da man die Taktung hier nicht herstellen könne, es werde unattraktiv. Man müsse sich Lösungen überlegen, die machbar und finanzierbar seien. Er erkundigt sich, wie man das Thema ländlicher Raum verbessern wolle, welche Ideen habe man? Er erkundigt sich, inwieweit man beim ÖPNV CO₂-neutral unterwegs sei.

Herr Gehlhaus antwortet, dass man beim ländlichen Raum den Stundentakt eingeführt habe. Zur CO₂-Neutralität führt er aus, dass das Verbrennerverbot ab 2030 auch den ÖPNV treffe. Einige Busunternehmen hätten sich bereits jetzt um E-Busse bemüht.

Stadträtin Neufeld/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für die Ausführungen. Sie bittet darum, nicht nur strahlenförmige Linien vorzusehen, sondern einen Ring oder Achter zu berücksichtigen. Ansonsten seien insbesondere junge Frauen benachteiligt, weil diese statistisch gesehen am wenigsten ein Auto nutzen würden. In Madrid habe es hierzu auch Forschungen gegeben, sodass Querverbindungen berücksichtigt werden sollten.

Herr Gehlhaus antwortet, dass es sich um eine semantische Darstellung handle, um es visuell zu verdeutlichen.

Stadtrat Bucher/SPD bedankt sich für die Ausführungen. Man habe viel gemacht, der ÖPNV habe sich in den letzten Jahren gut weiterentwickelt. Es gebe zwei Themen,

die ihn unheimlich ärgern würden. Zum einen würde der Gügling nur viermal am Tag und nur von Hussenhofen aus angefahren, die Mitarbeiter seien daher gezwungen, mit dem Auto zur Arbeit zu fahren. Außerdem verhandle der Betriebsrat von Bosch AS seit 1,5 Jahren mit dem Stadtbus, dass die Anfahrtszeiten an das Schichtende angepasst werden würden. Bisher leider ohne Erfolg, was er nicht nachvollziehen könne.

Herr Gehlhaus antwortet, dass der Gügling eine kürzere Taktung erhalten würde.

Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l. äußert, dass die PH nicht gut angebunden sei, die Studierenden müssten drei- bis viermal umsteigen und würden lange brauchen. Die Radwege seien auch ein Problem. Er erkundigt sich, ob die Verkehrsführung durch die Innenstadt gesetzt sei.

Herr Gehlhaus antwortet, dass die Verkehrsführung so bleibe. Wenn man die Verkehre neu strukturieren wolle, wirke er gerne mit. Es gebe Mobilitätshubs für die Studierenden.

Frau Zanek führt aus, dass der Landkreis bei den Fahrspuren mit dem Status Quo plane, da alles andere eine größere städtebauliche Entwicklung voraussetze. Die Engpässe wolle man nochmals untersuchen, das Ingenieurbüro prüfe auch die Remsstraße. Der Gemeinderat vergebe am Ende ein intermodales Verkehrsmodell, darauf aufbauend könne man diskutieren.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen führt aus, dass jeder, der von A nach B wolle, mit dem Ringverkehr besser bedient sei, daher solle man dies einarbeiten. Es sei eine Mammutaufgabe, die man bewältigen müsse. Man habe im Land und Bund eine grüne Regierung, bekomme ein Jahresticket hin, für die Busse habe man jedoch nichts übrig. Man könne als Stadt nicht alles machen, man gehe sehr langsam voran.

Herr Gehlhaus äußert, dass man im Sommer 2024 in die Umsetzung gehe. In welchem Umfang, müsse man in den nächsten Wochen mit den Busunternehmen aushandeln.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste sehe etwas skeptisch bezüglich des ÖPNV in die Zukunft aufgrund folgender Faktoren: Man habe im ländlichen Raum Taktzeitenprobleme. Diese könne man schlecht lösen, da sie von der Benutzerfrequenz abhängen würden. Wirtschaftlich müsse es sich rechnen und man habe private Anbieter, die konkurrieren würden. Es gebe jedoch auch Fortschritte. Die Abstimmung mit den Schulen sei positiv, alles andere Grenze an die Quadratur des Kreises, wie man es lösen wolle. Dass es sein müsse, sei nachvollziehbar. Die Bevölkerungsgruppen, die nicht richtig vom ÖPNV bedient werden würden, seien bekannt. Aber man könne nicht alle Bereiche umfassen. Dies hänge auch davon ab, was die Busunternehmen aus wirtschaftlichen Gründen möglich machen könnten und was der Landkreis an Zuschüssen gebe.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW äußert, dass es viel Aktionismus sei und er dann zweifle, ob dieser der Sache dienlich sei. Der ÖPNV werde nur eine belastbare Alternative, wenn er mit den vorhandenen Mobilitätsformen wettbewerbsfähig sei. Im Hinblick

auf die Kosten sei es ein echtes Thema. Das autonome Fahren werde der Gamechanger sein. Hier sei man auf einem sehr guten Weg. Der Aktionismus stehe in keinem Gegenwert zum Nutzen. Er erkundigt sich, warum man die Zeiten des Schulbeginns geändert habe und ob dies ein spezieller Wunsch der Schulen gewesen sei.

Herr Gehlhaus führt aus, dass es schon immer Änderungen des Schulbeginns gegeben habe, es gehe hier um die Organisation des ÖPNV.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass man einen Fortschritt erreicht habe.

Stadträtin Neufeld/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass man den Blick weiten und prüfen solle, ob ein Ringverkehr möglich sei. Man habe keine Daten vorliegen, die beweisen würden, dass eine Busverbindung in der Peripherie unattraktiv sei. Dies könne man nicht beweisen.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass man darüber sprechen könne. Es erhöhe die Kreisumlage. Man müsse sich auf die wesentlichen Dinge konzentrieren.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11, 30, 66
nachrichtlich an Amt:

zu 6 Vergabe Intermodales Verkehrsmodell Vorlage: 135/2023

Protokoll:

Frau Zaneck erläutert den Sachverhalt.

Stadtrat Bläse/CDU signalisiert Zustimmung.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen signalisiert ebenfalls Zustimmung. Es sei wichtig, dass die Dinge mit untersucht werden würden.

Stadtrat Bucher/SPD signalisiert ebenfalls Zustimmung.

Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l. äußert, dass man zustimme in der Hoffnung, dass man innovative Ideen entwickle und die Sache zukunftsfähig werde.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen schließt sich den Vorrednern an.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste äußert, dass dies fraktionsübergreifend der Wunsch gewesen sei. Es sei eine spannende Sache. Man müsse jedoch realistisch bleiben und solle nicht nur Planszenarien entwerfen. Man müsse aufpassen, dass man nicht für die Schublade arbeite.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW weiß nicht, was man sich davon erhoffe. Es gehe darum, die CO₂-Emissionen im Verkehrssektor zu senken. Man wisse, was man dafür machen müsse, man brauche emissionsfreie Antriebe.

Frau Zaneck erinnert an das letzte Verkehrsgutachten. Der Modalsplit zeige, dass man einen hohen Durchgangsverkehr und einen hohen Parkraumsuchverkehr habe. Wenn man plane, wo man hinwolle, dann müsse man zunächst schauen, wo man aktuell stehe. Dies fehle aktuell noch.

Bürgermeister Mihm äußert, dass die letzte Untersuchung im Jahr 2007/2008 gemacht worden sei. Man sehe es als gute Grundlage, um diskutieren zu können.

Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l. bedankt sich bei Frau Zaneck für die geleistete Arbeit. Sie wünscht alles Gute für die Arbeit.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11
nachrichtlich an Amt:

zu 7 **Ersatzneubau Umlandsteg in Schwäbisch Gmünd-Bettringen** **Vorlage: 127/2023**

Protokoll:

Herr Musch präsentiert den Sachverhalt.

Stadtrat Dr. Bläse/CDU signalisiert Zustimmung, es sei eine gute Sache. Man müsse schauen, dass die Durchfahrt für Pkws der Ausnahmefall bleibe.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es der ausdrückliche Wunsch vor Ort gewesen sei, sodass im Notfall ein Pkw darüberfahren könne.

Stadträtin Neufeld/Bündnis 90/Die Grünen findet es schön, dass man die Brücke breiter mache. Man solle prüfen, die Fahrräder und Fußgänger getrennt zu überführen. Die Brücke hätte man jedoch auch mit nachhaltigeren Materialien gestalten können, beispielsweise aus Holz. Sie erkundigt sich, ob man daran nicht gedacht habe.

Herr Musch äußert, dass man daran gedacht habe, es sei jedoch ein Schattenloch und sehr feuchtes Holz. Die Dauerhaftigkeit sei mit Holz an dieser Stelle nicht gegeben.

Stadtrat Zengerle/SPD äußert, dass er es bereits vor 19 Jahren angeregt habe und es gut sei, dass es nun umgesetzt werde. Wichtig sei, dass der Radweg nach oben auch so ausgezeichnet werde, oben fehle noch der Anschluss an die Straße. Richtung Uh-

landschule müsse der Weg dann auch in der Breite entsprechend ausgeweitet werden.

Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l. weist darauf hin, dass die Holzbrücke Jahrhunderte gestanden sei, wobei er kein Fachmann sei. Man gestalte die Brücke aufgrund der Förderung breiter. Jedoch solle sich diese einfügen, der Radweg vor und nach der Brücke sei leider nicht so breit.

Herr Musch antwortet, dass man im nächsten Schritt die Anschlussbereiche machen könne, man habe nun aber die Förderung nutzen wollen.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen findet es ebenfalls gut. Man freue sich, dass es umgesetzt werde.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste findet es ebenfalls toll. Dass die Brücke vier Meter breit sei, sei super. Der Radweg zwischen Schwäbisch Gmünd und Waldstetten sei leider nur 2,5 Meter breit. Es sei daher positiv, dass vier Meter gefördert werden würden. Man habe sehr lange auf die Förderung warten müssen, früher hätte man es daher gar nicht umsetzen können.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass man das Projekt bis 31.12.2023 abgerechnet haben müsse.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66
nachrichtlich an Amt:

zu 8 Ausblick auf künftige Vorhaben

Protokoll:

Keine.

zu 9 Bekanntgaben

zu 9.1 Fahrradstraße Klarenbergstraße

Protokoll:

Frau Zanek äußert, dass man die Umsetzung der Fahrradstraße Klarenbergstraße gerne vergeben hätte. Man habe im Vorfeld eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Regierungspräsidiums erhalten, nun seien jedoch nochmals Änderungswünsche aufgekomen. Diese würden die Engstellen betreffen und es würden Parkplätze wegfallen. Man wolle daher nochmals in die Bürgerbeteiligung gehen und das Projekt dann umsetzen. Diese mache man nach der Sommerpause, die Vergabe solle im Herbst erfolgen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11, 30, 66
nachrichtlich an Amt:

zu 10 Anfragen

zu 10.1 Radweg Mutlangen

Protokoll:

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich nach dem aktuellen Stand des Radweges nach Mutlangen. Es heiße, dass das Projekt stocke und die Baufirma abgezogen worden sei.

Herr Musch antwortet, dass die Fertigstellung für Ende September geplant sei. Man habe nun etwas Zusätzliches in Richtung Ortsmitte Mutlangen ausgeführt, die Kosten hierfür trage die Gemeinde Mutlangen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 66

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: